



Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zu „Bundesratsinitiative zur örtlichen Zuständigkeitsregelung für das Beantragen von BAföG“ (Drucksache 20/4916)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ursprungsantrag wird wie folgt ergänzt:

Darüber hinaus fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- sich für eine regelmäßige Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge an die tatsächliche Kostenentwicklung und eine entsprechende Anhebung der BAföG-Sätze einzusetzen;
- sich auf Bundesebene für eine grundlegende Reform des BAföG mit dem Ziel einer elternunabhängigen Ausbildungsförderung einzusetzen;
- sich für einfachere Antragsregelungen und eine schlagkräftige BAföG-Verwaltung in Schleswig-Holstein einzusetzen, so dass Anträge innerhalb eines Monats bearbeitet und die Bescheide digital zugestellt werden können. Dazu sollen die Digitalisierung der Verfahren und die Besetzung offener Stellen vorangetrieben werden.

Christopher Vogt
und Fraktion